

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 2

Artikel: Litauen : Rückschritt oder Rückfall?
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Litauen: Rückschritt oder Rückfall?

Die militärische Intervention der Sowjetunion in Litauen stellt eine erneute Unterdrückung der baltischen Völker dar. Sie ist womöglich folgenschwerer als jene erste vor einem halben Jahrhundert, die auf Stalins Befehl ausgeführt worden ist. Diese erfolgte im Rahmen eines bereits ausgelösten Weltkrieges durch ein totalitäres Regime, in dessen Tradition der Bruch von Verträgen lag. Die jetzige erfolgt durch eine Regierung, welche die Abkehr von der totalitären Vergangenheit proklamierte und die Demokratisierung als Ziel setzte. Gebrochen wurden nun die von der Sowjetunion ratifizierten Menschenrechtspakte der Uno aus dem Jahre 1966 und die anlässlich der KSZE-Konferenz vom Oktober 1990 erlassene Charta von Paris. Die Reformbewegung hat an Glaubwürdigkeit eingebüsst.

Diese Entwicklung wirft folgenschwere Fragen auf, zumal dem blutigen Samstag in Wilna Ereignisse vorangingen, welche nun eine negative Interpretation erfahren: Die Demission von Aussenminister Schewardnadse, der offenbar nicht auf einen andern wichtigen Posten berufen wird; die Ersetzung von Innenminister Bakatin durch den Apparatschik Pugo, die Berufung des weiteren Hardliners Janajew zum Vizepräsidenten, die Ernennung von Pawlow zum Ministerpräsidenten, der nicht als Reformfreund gilt, die Einschränkung schliesslich der noch jungen Pressefreiheit.

Sind die Reformkreise um Präsident Gorbatschow entmachtet? Ist dieser angesichts wachsender Opposition gezwungen, auf einen dogmatischen Kurs einzuschwenken? Ist der Zerfall der Union unaufhaltsam eingeleitet? Handelt es sich um einen zeitweisen Rückschritt, wie er im Auf und Ab eines schwierigen Übergangs voraussehbar war? Oder geht es um einen Rückfall in früher angewandte Methoden der Sicherung oder sogar erneut der Erweiterung des sowjetischen Einflusses?

Es ist zu früh, um ein endgültiges Urteil zu fällen. Noch ist die Hoffnung berechtigt, dass die Reformbewegung diese Ebbe zu überwinden vermag, wenn auch die Kommentare westlicher Beobachter grossmehrheitlich pessimistisch gehalten sind. Der häufig angestellte Vergleich zur DDR 1953, Ungarn 1956, der CSFR 1968 und Afghanistan 1979 ist kaum haltbar. Damals war in Moskau ein Regime an der Macht, das dem Ziel der Weltherrschaft verpflichtet war, das sich längst schon einer Verhaltensregel unterstellt hatte, die später als Breschnew-Doktrin bekannt wurde, und das mit den genannten Interventionen seine eigene totalitäre Herrschaft absicherte.

Noch ist heute eine Regierung unter einem Präsidenten im Amt, der die Breschnew-Doktrin ausser Kraft setzte, die Abkehr von der totalitären Vergangenheit versprach, Reformen auf ihr Banner schrieb und die sowjetischen Aussenposten bis an die eigenen Grenzen heran liquidiert hat. Aber zweifellos sind die Reformkreise nun empfindlich geschwächt, weil sich die Versorgungskrise laufend verschärft und die Zerfallerscheinungen der Union unübersehbar werden.

Mit den Gründen der anhaltenden Krise haben wir uns in Zeitbild 26/90 eingehender befasst. Der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft wird eben zwei bis vier Generationen beanspruchen. Es hätte die Quadratur des Zirkels bedeutet, wenn die Wirtschaftskrise in den kurzen Jahren seit Gorbatschows Amtsübernahme hätte behoben werden können. Auch ist diese Wirtschaftskrise nicht der unmittelbare Anlass der Nationalitätenfrage, welche jetzt den Bestand der Union gefährdet.

Die Sezessionsbestrebungen vom Baltikum über die Ukraine und die Moldau bis nach Armenien und Georgien sind vielmehr das Erbe der totalitären Vergangenheit in einem doppelten Sinn: im besonderen wegen der territorialen Annexion während und nach dem Zweiten Weltkrieg und im allgemeinen wegen den Herrschaftsmethoden von Lenin bis Breschnew, zu deren Instrumentarium auch die Russifizierung gehörte. Die Glasnost hat bewirkt, dass bislang unterdrückte Gefühle und Ressentiments nun eine Stimme finden und sich Gehör verschaffen.

Warum hat Präsident Gorbatschow diesen Erscheinungen nicht Rechnung getragen? Sicher ist die Bedeutung der Nationen- und Nationalitätenfrage von den Reformern unterschätzt worden; sie waren das Opfer der früheren Propaganda, welche diese Frage als gelöst und erledigt abgehakt hatte. Sicher wurde die einzige Chance vertan, diese Frage zu entschärfen, als ihre Bedeutung sichtbar wurde: Mit der Revozierung des Stalin-Hitler-Paktes und des Geheimprotokolls hätte den baltischen Republiken die Unabhängigkeit eingeräumt werden können, ohne dass dieser Umstand andern Republiken als Präzedenzfall dienen konnte. Diese Gelegenheit wurde tragischerweise verpasst, und davon ist auszugehen.

Dem völkerrechtlich einwandfreien Anspruch der baltischen Völker auf Unabhängigkeit stehen die sowjetische Besetzung entgegen und die Verbindungen und Vermischungen, die in einem halben Jahrhundert und weitgehend in Verletzung des Territorialitätsprinzips erfolgt sind (ein in die Romandie umziehender Deutschschweizer hat keinen Anspruch, dass seine Kinder dort eine deutschsprachige Schule besuchen können). Den drei baltischen Davids steht ein sowjetischer Goliath gegenüber. Machtverhältnisse

In dieser Nummer

Die sowjetische P-91	6
Wer kontrolliert die MWD-Truppen?	
Der Zwang zum Handeln	7
Jacques Baumgartner zum Golfkrieg	
Sinn, Legitimität und Notwendigkeit	9
Die Chance einer neuen globalen Ordnung	
Schweizer Innenpolitik im Lichte von Krisen und Krieg	10
Jürg L. Steinacher zu einer Reihe von exemplarischen Fällen	
Halbwegs neue Regierung	12
Die polnischen Schwierigkeiten mit der Wirtschaftspolitik	
Kein D-Zug	14
Die koreanische Wiedervereinigung	
Aus dem SOI	16
Es wird eine Stiftung für Demokratie	

dieser Art spielen in den internationalen Beziehungen so lange eine erhebliche Rolle, als völkerrechtliche Ansprüche nicht durchgesetzt werden können. Politisches Handeln sollte, kluges Handeln muss dieses Faktum in Rechnung stellen.

Noch vor fünf Jahren hat kein Balte angenommen, dass in absehbarer Zeit seinem Land die Unabhängigkeit zufallen könne. Dass die öffentliche Diskussion über das insgeheime Anliegen möglich wurde, dass die Balten ihre Geschäfte weitgehend und dank freierer Wahlen in eigene Hände nehmen konnten, hatten sie der Reformbewegung in Moskau zu verdanken. Diese Bewegung hätte darum auch eine gewisse Rücksichtnahme verdient. Zum Beispiel, indem sie nicht durch Wünsche und Anliegen hätte belastet und überfordert werden dürfen, deren allzu schnelle Verwirklichung von der Reformbewegung nicht in dieser Geschwindigkeit bewerkstelligt werden konnte.

Denn die Reformbewegung ist eben nicht ein Regime, das wie seine Vorgänger diktieren kann und sich mit totalitären Methoden an der Macht halten wollte. Sie muss den Ausgleich suchen zwischen den Liberalen und Progressiven einerseits, den Dogmatikern und Ideologen andererseits. Sie muss zu verhindern suchen, dass die Opposition gegen die Reformen auf den Plan gerufen wird. In diesem Versuch ist sie durch baltische Führer nicht verstanden und nicht unterstützt worden. Diese haben vielmehr klare Signale übersehen und Warnungen in den Wind geschlagen. So stellte am 13. November 1990 Präsident Gorbatschow fest: «Jeder Versuch einer Trennung von Völkern, die jahrhundertlang Seite an Seite gelebt haben, könnte mit einem Blutbad enden.» Tags darauf erklärte Marschall

Achromejew, er schliesse ein Eingreifen der Sowjetkräfte zur Sicherung des Zusammenhaltes der Sowjetunion nicht länger aus. Und als Aussenminister Schewardnadse wegen der drohenden Wiedereinführung der Diktatur demissionierte, doppelte Politbüro-Mitglied Jakowlew nach: «Die konservative Welle bricht herein. Es handelt sich um reaktionäre Kräfte, die rachsüchtig und gnadenlos sind.» Eine auf Wirkung angelegte Politik darf solche Zeichen nicht übersehen.

So stellen sich Fragen: Was nützte es, auf den ausgewiesenen völkerrechtlichen Anspruch auf Unabhängigkeit zu vertrauen? Was brachte es ein, den eindringlichen Willen zur Unabhängigkeit nachzuweisen? Was haben die Forderungen auf sofortige Verwirklichung der Unabhängigkeit letztlich bewirkt? Sie münden in die zentrale Frage: Ging es um die Bekundung einer Gesinnung oder um die Wirksamkeit einer Politik und das Ergebnis eines Einsatzes?

In ihrer begreiflichen – aber eben doch unbehelflichen – Gefühlsaufwallung haben die Balten und vorab die Litauer ihren eigenen Weg zur Unabhängigkeit erheblich verlängert; wer sie dazu ermutigt hat, müsste ein Quentchen Mitverantwortung übernehmen. Sie haben zudem die Reformbewegung belastet und empfindlich geschwächt. Sollte diese entmachtet werden, bezahlen die Randvölker der Union den höchsten Preis. ■

ZUSAMMENHÄNGE

Sowjetunion

«Gorbatschow ist mit einem Chirurgen zu vergleichen, der einen Patienten operierte in der Überzeugung, er müsse ihm gemäss Diagnose den entzündeten Blinddarm entfernen. Was er aber vorfand, nachdem er den Schnitt geführt hatte, das waren die Metastasen eines Krebses.»

Wer diesen Vergleich gezogen hat, das ist Gennadi Janajew, der neue Vizepräsident der UdSSR, von Michail Gorbatschow selbst für das neue Amt vorgeschlagen, vom gesamtsowjetischen Parlament gewählt. Veröffentlicht wurden die Sätze mit ihrem schonungslosen Befund in der sowjetischen Regierungszeitung «Iswestija» vom 2. Januar 1991.

Die heutige Krise in der Sowjetunion, zugleich eine Krise der Sowjetunion, ist eine Krise des sowjetischen Gesamtzustandes, und die bisherige Behandlungsp pluralität durch die Perestrojka in deren wechselnden Etappen war immer noch keine Gesamtbehandlung.

Die akute Entzündung dessen, was vom sowjetischen Organismus übriggeblieben ist, betrifft die nationale Frage, und das ist insofern kein Zufall, als die Nationen vorgegebene Sammelbecken für fast beliebige politische und gesellschaftliche Kräfte darstellen, wenn diese erst einmal freigegeben sind. Das war es, was die Perestrojka wollte, wenn auch in Beschränkungen, die sich als fiktiv erweisen sollten. Sie wollte den Sowjetbürger von der Diktatur befreien, ihn reaktivieren und (schrittweise) mündig machen, alles im Rahmen einer Sowjetgesellschaft, die als Kontinuität im Wandel veranschlagt war.

Was aber wollte der Sowjetbürger, dem man erstmals in der Sowjetgeschichte den eigenen Willen zugestand, was wollte er? Er begehrte, vereinzelt und getarnt zunächst, vermehrt und ungeschminkt sodann, gar kein Sowjetbürger mehr zu sein. In ordnungspolitischer Hinsicht wurde dies vor allem bei jenen evident, welche die Glasnost nutzten, jenes Prinzip der Offenheit und Öffentlichkeit, das Informationen und Meinungsäusserungen freigab. Das hätte zur Neuformulierung des Sozialismus führen sollen, aber es führte zu seiner Desavouierung. Die Sowjetordnung wurde bald nur noch von jenen hochgehalten, welche die gehabte Diktatur im Sinn hatten, weil sie

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 57.—
(Ausland sFr. 62.—/DM 73.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

19/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6